

Ermittler belastet CDU-Mann

DESSAUER FÖRDERMITTEL-AFFÄRE Jens Kolze soll zur Falschaussage angestiftet haben.

VON ROCHUS GÖRGEN

MAGDEBURG/DPA - Im Untersuchungsausschuss zur Dessauer Fördermittelaffäre hat ein wichtiger Zeuge einem CDU-Landtagsabgeordneten Anstiftung zur Falschaussage vorgeworfen. Er sei vom Anwalt des Dessau-Roßlauer Kreisverbands-Chefs Jens Kolze vor vier Tagen aufgefordert worden, mehrere Aussagen nicht zu wiederholen, die aber der Wahrheit entsprächen, sagte der frühere Kriminalbeamte Burkert-Wieland Jüngling am Freitag bei seiner Vernehmung in Magdeburg.

Er habe Kolze aus diesem Grund bei der Staatsanwaltschaft angezeigt, die lehne allerdings Ermittlungen ab. Nach einem von Jüngling vorgelegten Schreiben argumentiert die Staatsanwaltschaft, es bestehe eine Aussage-gegen-Aussage-Situation, die nicht aufgeklärt werden könne. Der heute 74 Jahre alte Jüngling hatte im Auftrag der Industrie- und Handelskammer (IHK) Halle-Dessau als Privatermittler die Affäre untersucht.

Die Aufforderung des Anwalts bezieht sich nach den von Jüngling vorgelegten Unterlagen auf ein Interview Jünglings in der „Super-Il- lu“. Jüngling solle nicht mehr be-



Jens Kolze

FOTO: SEBASTIAN

haupten, dass er keine Hinweise auf ein Mittun des heutigen Ministerpräsidenten Reiner Haseloff (CDU) in der Affäre habe und dass dies bei Kolze anders aussehe. Kolze wehrt sich damit gegen entsprechende Vorwürfe Jünglings.

Kolze war am Freitag auf Anfrage zunächst nicht zu erreichen. Der CDU-Vertreter im Untersuchungsausschuss, Ulrich Thomas, erklärte, Jüngling habe bekräftigt, dass er keine Hinweise auf ein Mittun von Haseloff in der Angelegenheit entdeckt habe. „Die Vorwürfe gegen den Ministerpräsidenten laufen damit ins Leere.“

Die Linken erklärten dagegen, es sei nicht hinnehmbar, dass auf ei-



Burkert-Wieland Jüngling

FOTO: DPA

nen Zeugen kurz vor seiner Vernehmung im Untersuchungsausschuss in einer solchen Art und Weise Druck ausgeübt werde. „Der Vorgang ist durchaus dazu angehtan, den Verdacht zu erhärten, dass Herr Haseloff in die Vorgänge weit mehr als bislang angenommen involviert ist“, hieß es in einer Mitteilung. Haseloff war vor seiner Zeit als Regierungschef als Wirtschaftsminister tätig und damit auch für die Förderung von Qualifizierungsmaßnahmen zuständig.

In der Affäre sollen Fördergelder für die Qualifizierung von zumeist älteren Arbeitnehmern in Millionenhöhe ergaunert worden sein. Mitarbeiter eines IHK-Bildungs-

zentrums sollen dabei mit zahlreichen Unternehmen zusammengearbeitet haben. Die Förderung wurde gezahlt, obwohl die Weiterbildungskurse überhaupt nicht stattfanden. In der Affäre ermittelt auch die Staatsanwaltschaft. Die Affäre hat besondere Brisanz, weil Beschuldigte laut Medienberichten auch mehrere 1000 Euro an die örtliche CDU gespendet haben sollen.

Unabhängig vom Untersuchungsausschuss des Landtags ermittelt auch das Landesverwaltungsamt, um gegebenenfalls Geld zurückzufordern. Nach aktuellem Stand geht es um 37 Fälle mit 28 betroffenen Firmen, wie eine Sprecherin mitteilte. Die Höhe der Fördermittel betrage zusammen 7,1 Millionen Euro. In zehn Fällen seien inzwischen Rückforderungen gestellt worden, in neun weiteren laufe dazu eine Anhörung.

Die „Magdeburger Volksstimme“ berichtete, inzwischen gebe es bei der Staatsanwaltschaft 60 Ermittlungsverfahren gegen 124 Beschuldigte. Bislang sei ein Strafbefehl erlassen worden. Ursprünglich war bereits für den Sommer vergangenen Jahres mit konkreteren Ergebnissen der Ermittlungen gerechnet worden.